

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - StBV/010(VII)/20			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr  Lenkungsausschuss Buckau	Donnerstag,  07.05.2020	Altes Rathaus Otto-von-Guericke- Saal Alter Markt 6 39104 Magdeburg	17:00Uhr	21:00Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Lenkungsausschuss Buckau  
Amt 61 / BauBeCon
- 5 Denkmale und verwahrloste Immobilien  
Amt 61 / Amt 63
- 6 Beschlussvorlagen
- 6.1 Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. 252-3  
"Berliner Chaussee 1-7/Biederitzer Weg"  
Amt 61 DS0083/20

6.2	Einleitung Satzungsverfahren zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 250-6.1 "Rotehorn, südlich der Kanonenbahn" Amt 61	DS0460/19
6.3	Kosten- und Finanzierungsübersicht zur Entwicklungsmaßnahme Rothensee mit Stand vom 31.12.2019 Amt 61	DS0101/20
7	Anträge	
7.1	Kinderspielflächen auf den Friedensplatz Fraktion GRÜNE/future!	A0251/19
7.1.1	Kinderspielflächen auf den Friedensplatz Fraktion GRÜNE/future!	A0251/19/1
7.1.2	Kinderspielflächen auf den Friedensplatz Eb SFM	S0009/20
7.2	MAGDEBURG-Schriftzug Fraktion CDU / FDP	A0026/20
7.2.1	MAGDEBURG-Schriftzug Fraktion GRÜNE/future!	A0026/20/1
7.2.2	MAGDEBURG-Schriftzug Dez. III	S0144/20
7.3	Baumaßnahmen im Magdeburger Norden koordinieren - Umleitungsverkehre ordentlich organisieren SPD-Stadtratsfraktion	A0240/19
7.3.1	Baumaßnahmen im Magdeburger Norden koordinieren – Umleitungsverkehre ordentlich organisieren Fraktion CDU / FDP	A0240/19/1
7.3.2	Baumaßnahmen im Magdeburger Norden koordinieren - Umleitungsverkehre ordentlich organisieren Amt 61	S0152/20
7.4	Nachhaltiger Mobilitätsanschluss zur Stadthalle Fraktion GRÜNE/future!	A0036/20
7.4.1	Nachhaltiger Mobilitätsanschluss zur Stadthalle Amt 61	S0141/20
8	Informationen	
8.1	Weniger Rasen, mehr Sicherheit - Verkehrsentschleunigung am Hassel durch Bremsschwellen Amt 66	I0088/20

8.2	Geschwindigkeitsanzeigen in Beyendorf-Sohlen Amt 66	I0104/20
8.3	Rückkehr der Ampelfrau Amt 66	I0113/20
8.4	Tempo 30-Piktogramme auf der Goethestraße Amt 66	I0102/20
8.5	Stand des Planungsverfahrens SuedOstLink Amt 61	I0118/20
9	Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee Amt 66	
10	Mitteilungen und Anfragen	

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Mirko Stage

**Mitglieder des Gremiums**

Dr. Falko Grube

René Hempel

Madeleine Linke

Christian Mertens

Burkhard Moll

Frank Schuster

Reinhard Stern

**Vertreter**

Roland Zander

**Geschäftsführung**

Corina Nürnberg

Entschuldigt:

**Mitglieder des Gremiums**

Marcel Guderjahn

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** eröffnet 17:10 Uhr die Sitzung. Er entschuldigt sich, dass durch das große Publikumsinteresse der Einlass länger gedauert hat und stellt die fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Anschließend begrüßt er die zahlreich erschienenen Bürger, die anwesenden Stadträte sowie die Vertreter der Verwaltung. Er verweist auf die aktuelle SARS-Verordnung und appelliert an deren Einhaltung.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Abstimmung: 9-0-0

### 3. Einwohnerfragestunde

---

Zur Einwohnerfragestunde melden sich 2 Bürger zu Wort.

#### Bürgerin 1: Sichere Querungsmöglichkeit für die Grundschüler der Schule am Nordpark.

Eine Anwohnerin der Pappelallee berichtet von zu schnell fahrenden Fahrzeugen in der Straße und verweist auf die angrenzende Grundschule „Am Nordpark“. Die Straße werde ihrer Meinung nach als Abkürzung genutzt. Für die Kinder sei die Straße nur schlecht einsehbar, teilt sie mit und sie fragt nach Möglichkeiten für eine Verkehrssicherung in diesem Bereich.

**Herr Dr. Scheidemann** (BG VI) werde den Sachverhalt gemeinsam mit Polizei und Straßenverkehrsbehörde prüfen lassen.

**Herr Gebhardt** (AL 66) geht auf die vorhandene verkehrliche Situation in der Pappelallee ein, es ist eine Tempo 30 Zone. Das Anliegen der beiden Bürgerinnen wird **Herr Gebhardt** auch an die AG Schulwegsicherung und die Straßenverkehrsbehörde mit der Bitte um Bearbeitung weiterreichen.

Die Situation vor Ort stellt sich wie folgt dar. Die relativ breite Pappelallee ermöglicht ein beidseitiges Anwohnerparken. Eine Sperrung für den Ausweichverkehr/Abkürzungsverkehr sei nicht möglich und faktisch nicht erzwingbar. Geeignete Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Verkehrssicherheit der Grundschüler werden durch die Straßenverkehrsbehörde im Zusammenwirken mit der Polizei geprüft.

#### Bürger 2: Geänderte Auflagen am Flächendenkmal Kavalier I.

Konkret wird nach den aufgehobenen Auflagen des Denkmalschutzes gefragt.

**Herr Dr. Lerm** (AL 61) erläutert den momentanen Sachstand.

**Herr Dr. Scheidemann** geht auf Abstimmungen mit dem Landesamt für Denkmalschutz ein. Die Nutzung eines Denkmals als Zielstellung führe oftmals zu Überformungen dieses.

#### 4. Lenkungsausschuss Buckau

---

Mitteilungen sowie Anfragen zum Lenkungsausschuss gab es keine.

#### 5. Denkmale und verwahrloste Immobilien

---

**Herr Dr. Lerm** erläutert anhand einzelner Objekte im Rahmen einer Power Point Präsentation den Sicherungsstand/Sanierungsstand bei geförderten Projekten.

**Herr Dr. Scheidemann** geht auf das zweistufige Verfahren ein.

1. Die Sicherung vor Verfall.
2. Die Suche nach Sanierungsmöglichkeiten.

**Stadtrat Stern** fragt nach einer Statistik für die Stadtteile, einer Gesamtdarstellung (wieviele Gebäude, Stand, Verfall der Gebäude, bewohnt, unbewohnbar...).

Eine Zwischenevaluierung sei grundsätzlich möglich, teilt **Herr Dr. Lerm** mit. Die personelle Situation habe sich verbessert und damit werde eine durchgängige Maßnahmenbegleitung entlang der Magistrale Richtung Schönebeck erfolgen.

**Stadtrat Mertens** erkundigt sich nach dem Stand des grau schwarzen Blocks hinter dem „Lesezeichen Salbke“.

Die Beantwortung werde schriftlich erfolgen, teilt **Herr Dr. Scheidemann** mit.

Stellungnahme Amt 61:

*Die Blumenberger Straße 2 wurde weitgehend saniert. Die Förderung ist abgeschlossen. Der weitere Fortgang liegt in Händen des privaten Eigentümers.*

#### 6. Beschlussvorlagen

---

- 6.1. Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. 252-3 "Berliner Chaussee 1-7/Biederitzer Weg"  
Vorlage: DS0083/20
- 

**Stadtrat Stern** erklärt sich für befangen.

Der **Vorsitzende** geht vorab auf die Historie des Sachverhalts ein, bevor **Herr Wiesmann** den überarbeiteten Entwurf vorstellt.

**Herr Wiesmann** (Amt 61) geht auf die Beschlusslage hinsichtlich Änderungen bzw. Konkretisierungen ein. Er erläutert die einzelnen Beschlusspunkte aus dem Änderungsantrag sowie deren Umsetzung/Einarbeitung im Plan.

1. Die Ein- und Ausfahrt des Biederitzer Weges zur Herrenkrugstraße wird von 4 auf 6 m erweitert, die Grünflächen mit den (möglichen) Baumstandorten sind zeichnerisch festgesetzt.

2. Die konkrete Spielplatzfläche und die Wegebeziehungen hierzu sind im B-Plan dargestellt.
3. Der Hausriegel Berliner Chaussee/Herrenkrugstraße erhält einen terrassenförmigen Einschnitt mittels abgestuften Geschossangaben.
4. Alle Häuser am Biederitzer Weg erhalten zwei Etagen zuzüglich eines Staffelgeschosses. Der Hausriegel wird mit einer „Knödellinie“ höhenmäßig abgegrenzt.
5. Mittels der textlichen Festsetzung (§ 7) sind Gebäudebegrünungen verbindlich.
6. Mittels der textlichen Festsetzung (§ 2b) sind die Stellplätze so anzulegen, dass das Niederschlagswasser versickern kann.
7. Mittels der textlichen Festsetzung (§ 6 Satz 3) sind Nistplätze für Gebüsch- und Höhlenbrüter anzulegen.
8. Mittels der textlichen Festsetzung (§ 2c) sind witterungsbeständige Fahrradabstellmöglichkeiten vorzusehen.

**Herr Dr. Scheidemann** verweist ergänzend auf die wohnungspolitischen Forderungen. Der gemeinnützige Wohnungsmarkt sollte laut Mieterbund durch mehr Verdichtung (Dichte und Höhe) mehr Effizienz erreichen. Der vorgelegte Entwurf entspreche diesem nun. Abschließend geht er noch einmal auf das genossenschaftliche Engagement hier ein.

Der **Vorsitzende** erläutert die geplante Vorgehensweise hinsichtlich Rederecht für die Bürgerinitiative und Investor/Genossenschaft.

*Sitzungsunterbrechung für Redebeiträge von 17:45 Uhr – 17:55 Uhr.*

1. Vertreter Bürgerinitiative;
  - Lage Schlafräume, Lärm, Flächenversiegelung;
  - 2 Variantenvorstellungen;
2. Vertreter MWG (Herr Fischbeck);
  - Traditioneller Vermieter;
  - Präsenz durch Vermietungsschwerpunkt;

**Stadtrat Stage** spricht sich gegen die Variante 2 der Bürgerinitiative aus, da noch umfangreichere Eingriffe in die öffentliche Grünanlage für ihn nicht in Frage kommen.

**Stadtrat Dr. Grube** geht auf die zahlreichen Gespräche mit der Bürgerinitiative ein. Er verweist auf die Forderungen der Initiative und die erfolgte Umsetzung in der Planung durch die MWG, wie z.B. die Verlagerung des Querriegels in Richtung Käseglocke.

Eine begleitende Bebauung entlang der Berliner Chaussee mache keinen Sinn, damit bleibe kein Platz für die Errichtung eines Spielplatzes.

Ein Kompromiss sei so wie jetzt vorliegend gefunden und nachvollziehbar.

**Stadtrat Schuster** geht auf die intensive Auseinandersetzung (Ausschüsse, Fraktionen) mit dem Thema seit 2015 ein. Nach dem Votum aus dem StBV habe die MWG die Planungen überarbeitet. Ein sensibler Umgang hinsichtlich Bürgerbegehren sei durch die Genossenschaft erfolgt.

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung können Bürger sich in das Verfahren erneut einbringen. Von der MWG erbittet er mehr Material in Bezug auf die Gestaltungsansichten (Fassade,...).

**Stadträtin Linke** hatte Bedenken hinsichtlich der Bebauung. In dem Kompromiss sieht sie nun viele gute Änderungen bezüglich Grün sowie Parkplätze und werde der Beschlussvorlage zustimmen.

**Stadtrat Mertens** bittet um Erläuterung zu dem Zugang/Durchgang zwischen Innenhof und Spielplatz. Gibt es da dann eine durchgehende Lücke?

Diese Öffnung/Durchgang in der geplanten eingeschossigen begrünten Gebäudeverbindung dient in erster Linie den Bewohnern des Gebäudekomplexes teilt **Herr Wiesmann** mit.

Eine durchgehende Lücke im Gebäudekomplex werde es nicht geben, so **Stadtrat Stage** und verweist auf die Vorstellungen im StBV.

**Stadtrat Moll** spricht sich für die Fortsetzung des Verfahrens aus, u.a. könne durch den Kompromissvorschlag eine Luftzirkulation erfolgen.

**Stadtrat Hempel** verweist auf den Verfahrenstand (öffentliche Auslegung) hier.

Der Anspruch an ökologisches Bauen findet sich hier wieder. Die Ideen zeigen eine gute Weiterentwicklung der Planungen.

Nachfragend bittet er um Aussagen zur geplanten Fassadenbegrünung.

Ab 20 m<sup>2</sup> durchgängiger Fassadenfläche sei eine Begrünung vorgesehen, so **Herr Wiesmann**.

Des Weiteren erkundigt sich **Stadtrat Hempel** nach dem Kostenträger für die Ampelanlage (MVB oder Investor?).

**Herr Wiesmann** verweist auf die Klärung im Rahmen des weiteren Verfahrens (TÖB).

**Stadtrat Stage** stimmt den Ausführungen seiner Vorredner zu.

Er verweist auf den großen Gegenwind im Herbst 2019, in Bezug auf die Baumaßnahme, die den Investor traf.

Diese Kompromisslösungssuche sei aber gelungen, stellt er abschließend fest.

Abstimmung zur DS0083/20: 6-0-2 (1)

6.2. Einleitung Satzungsverfahren zum vorhabenbezogenen  
Bebauungsplan Nr. 250-6.1 "Rotehorn, südlich der  
Kanonenbahn"  
Vorlage: DS0460/19

---

**Herr Wiesmann** erläutert die Beschlussvorlage.

**Herr Dr. Scheidemann** ergänzt und geht auf das Hochwasserrisikogebiet ein. Eine rechtlich verbindliche Festsetzung hinsichtlich Überschwemmungsgebiet gebe es jedoch nicht.

Des Weiteren teilt er mit, dass in der Karte des Landesamtes für Denkmalschutz die Fläche nicht als Denkmalbereich dargestellt werde. Dieser Bereich sei explizit ausgenommen.

Im städtebaulichen Rahmenplan seien die Gebäude als Bestandsgebäude ausgewiesen.

Abschließend geht er auf das Hochwasser 2013 ein. Die Evakuierung müsse sichergestellt und ein Evakuierungskonzept dazu erarbeitet werden.

Bei dem Gebiet handelt es sich um eine aufgeschüttete, teilversiegelte Fläche.

Der **Vorsitzende** erläutert die Vorgehensweise hinsichtlich Rederecht für die Bürgerinitiative sowie Investor.

*Sitzungsunterbrechung für Redebeiträge.*

1. Vertreter Bürgerinitiative geht auf folgende Schwerpunkte ein:
  - Aussagen des Oberbürgermeisters hinsichtlich Stadtparkbebauung;
  - Hochwassergefährdungspotential laut amtlicher Hochwasserdaten;
  - Denkmalschutz Eisenbahnbrücke;
  - Kampfmittelbeseitigung (Bombenteppich);
  - Bedenken hinsichtlich Erschließung über die Stadtparkstraße;
  - ÖPNV-Anbindung;

## 2. Investor:

- 32 Mio. Euro Investition;
- Schaffung von ca. 100 Arbeitsplätzen;
- kein Überschwemmungsgebiet;
- Aufschüttungsforderung nie in Frage gestellt;
- Bebauung von 5.000 m<sup>2</sup> von 15.000 m<sup>2</sup> Gesamtfläche;
- Frei begehbbare Restfläche;
- Dachbegrünung;

Der **Vorsitzende** sieht den Bedarf an einem Änderungsantrag gegeben. Er schlägt vor, weitere Änderungswünsche im Rahmen der Diskussion gleich mit einzuarbeiten.

Dieses Vorhaben begleitet die Stadträte auch schon einige Jahre, stellt **Stadtrat Dr. Grube** fest. Der Änderungsantrag sollte u.a. den Evakuierungsplan (Prüfauftrag) sowie die Sicherstellung einer öffentlichen Durchwegung mit beinhalten.

Des Weiteren stellt er die vom Oberbürgermeister getätigten Aussagen klar. (Beschlussvorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen und einer wasserrechtlichen Prüfung hinsichtlich der Hochwassersituation unterzogen).

Es sei keine stationäre Betreuung geplant. Die Hauptzufahrt über den Winterhafen, Schwarzen Weg, Stadtparkstraße werde aber zukünftig mehr frequentiert werden.

**Stadtrat Mertens** verweist auf die Position seiner Fraktion, jegliche Bebauung südlich der Kanonenbahn abzulehnen.

**Stadtrat Hempel** verweist auf die sehr emotional gelaufenen Debatten zu diesem Thema. Von Seiten seiner Fraktion wurde die Bebauung südlich der Kanonenbahn schon immer abgelehnt. Er sieht den Charakter der Rotehorninsel in Gefahr durch die unterschiedlichen Bauungsbegehren in diesem Bereich.

**Herr Dr. Scheidemann** geht auf die Verlagerung des Bauhofes und der damit entfallenen Verkehrsbelastung ein. An der Verkehrsmenge werde sich somit nichts ändern.

Für **Stadtrat Moll** überwiegen klar die Vorteile. Es erfolgt eine Flächenentsiegelung, begrünte Dachflächen und eine maximale Bebauung von 2 Obergeschossen.

Die Diskussionen in der Stadt habe der Investor verfolgt und er könne die Durchwegung sowie die Begrünung der Dächer schon jetzt zusichern.

**Stadtrat Stage** sorgt sich um die Kanonenbahnstrecke in Bezug auf den motorisierten Verkehr. Die Kanonenbahnstrecke dürfe nur im Evakuierungsfall als Nutzungsoption für den motorisierten Verkehr frei gegeben werden, ansonsten öffentliche Fahrradtrasse.

**Frau Kossel** (Planungsbüro) geht auf die geplante Erschließung ein. Diese erfolge über den Schwarzen Weg/Winterhafen. Im Extremhochwasser werde keine Evakuierung Richtung Taube Elbe, nicht Richtung Stadtparkstraße, sondern über die neue Anbindung zum Strombrückenzug erfolgen.

**Stadtrat Stern** begrüßt, dass das Gelände endlich vom Wildwuchs befreit und wieder einer Nutzung zugeführt werde. Er geht auf den Hotelneubau an der Rotehornspitze ein, wo bewiesen wurde, dass auch in sensiblen Bereichen unter Berücksichtigung der Randbedingungen gebaut werden kann. Der springende Punkt sei für ihn die Evakuierungsfrage sowie die Höhenlage der Straße.

Abschließend hinterfragt er die Eigentumsverhältnisse der Kanonenbahn.

**Herr Dr. Scheidemann** erläutert die Eigentumssituation. Nur die Brücke sei in Privatbesitz, teilt er mit.



**Stadtrat Stage** steht einer klassischen Wohnbebauung im Stadtpark kritisch gegenüber. Hier gebe es aber einen anderen Ansatz (betreutes Wohnen), der klar erkennbar sei. Das Gebiet war historisch bebaut, man müsse über einen weiteren Verfall oder die Entwicklung des Gebietes entscheiden.

**Stadtrat Schuster** findet betreutes Wohnen und Kinderbetreuung zu verbinden eine gute Idee. Das unzugänglich, momentan verriegelte Gelände bedarf einer Entwicklung. Die geplante Nutzung des Geländes zieht wohl eher keinen massiven Autoverkehr mit sich. (100 Personen Betreuungspersonal, ärztliches Dienstpersonal, Kinderbetreuung,...). Mit dem Wegzug/Umzug des Bauhofes werde sich dann aber auch das Bauhofgelände weiterentwickeln. Eine ÖPNV-Wegebeziehung sehe er auch für Fußgänger im Rahmen des Möglichen gegeben. Des Weiteren sieht der Rahmenplan Rotehorninsel einen zentralen Parkplatz im Bereich Hyparschale vor und die Stadtparkstraße als Fußgängerbereich, stellt er abschließend fest.

Für **Stadtrat Zander** spricht die Verwaltung mit zwei Zungen und verweist auf die Aussage von **Herrn Dr. Scheidemann**. Dieser habe geäußert, dass dort wegen der Hochwassersituation nicht gebaut werden dürfe. Das Projekt findet er gut, aber er würde lieber erst auf ein Gesamtkonzept (inklusive Bauhofgelände) warten wollen, wie vom Oberbürgermeister angekündigt. Diese Aussage sei in öffentlichen Protokollen nachlesbar, teilt er mit. Zuerst sollte das Satzungsverfahren für den kleinen Stadtmarsch weitergeführt werden, dieses sei für ihn ausschlaggebend. Momentan werde er sich enthalten. Abschließend informiert er über die Ablehnung zu dem geplanten Kita-Neubau in diesem Bereich durch den Jugendhilfeausschuss. Der Jugendhilfeausschuss verweist auf mangelnden Bedarf offensichtlich.

**Stadtrat Dr. Grube** stellt die Aussage des Oberbürgermeisters bezüglich der Abgrenzung Stadtpark und Rotehornpark richtig. Für das Gesamtgebiet wäre ein Entwicklungskonzept gut gewesen.

**Stadtrat Hempel** findet, dass das Projekt zu losgelöst von den anderen Projekten (Wohnungsbau, Bauhof,...) betrachtet werde. Er verweist auf die Entwicklung der Verkehrsströme, hier seien noch viele Fragen zu klären.

**Stadtrat Stage** verweist auf den Einleitungsbeschluss hier. Viele Fragen können erst im weiteren Verfahren geklärt werden.

Ein einheitliches Meinungsbild gebe es in ihrer Fraktion nicht, so **Stadträtin Linke**.

**Stadtrat Dr. Grube** schlägt einen weiteren Punkt für den Änderungsantrag vor. Die Verwaltung soll prüfen inwieweit die Kanonenbahn zur Fahrradstraße gewidmet werden kann und inwieweit aus der Kita möglicherweise eine „Alten-WG“ bzw. betreutes Wohnen werden könnte.

**Frau Kossel** geht auf den momentanen Verfahrensstand ein und die damit verbundene Laufzeit des Verfahrens (ca. 3 Jahre). Das Konzept basiert auf dem gemeinsamen Bereich für „Alt“ und „Jung“. Ein privater Kita-Betreiber habe sein Interesse bekundet und die Kita-Problematik werde womöglich in 2-3 Jahren ganz anders zu bewerten sein.

**Stadtrat Stage** bittet die Unsicherheit hinsichtlich Kita-Genehmigung im Protokoll festzuhalten, auch wenn eine Klärung heute nicht erfolgen könne.

**Herr Dr. Scheidemann** führt zum Rahmenplan Rotehornpark aus und verweist auf die eingezeichneten Bestandsimmobilien die als Entwicklungsfläche dargestellt seien. Abschließend fasst er die Punkte hinsichtlich des Änderungsantrags aus Sicht der Verwaltung zusammen.

- Kanonenbahn kein MIV;
- Gesicherte Erschließung;
- Bebauungsplanverfahren für den Stadtmarsch, - läuft;

- Kita-Ablehnung bezieht sich auf öffentliche Betreiber;
- Fahrradweg als Verbindung der Bereiche;
- Evakuierungsplan mit Investor unter Nutzung der Vorlaufzeit im Hochwasserfall als Prüfauftrag;

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** fast den Änderungsantrag zusammen und lässt punktweise abstimmen.

Änderungsantrag:

*Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat den Beschlussvorschlag 2 wie folgt zu ergänzen.*

2a.

*Die öffentliche Durchwegbarkeit des Plangebietes in Nord-Süd-Richtung für Fußgänger ist sicherzustellen.*

Abstimmung: 7-0-2

2b.

*Der Investor hat ggf. mit einer Geländeerhöhung sicherzustellen, dass das Plangebiet bei Hochwasser (100-jährliches Ereignis – HQ100) nicht betroffen ist.*

Abstimmung: 6-0-3

2c.

*Die Erschließung erfolgt über die Straße südlich des Plangebietes („Schwarzer Weg“) und bezüglich des Fuß- und Radverkehrs zusätzlich auch nördlich über die „Kanonenbahntrasse“ sowohl aus westlicher Richtung (Stadtparkstraße) als auch aus östliche Richtung (Am Winterhafen). Es ist zu prüfen, wie die Verbindung so ausgeführt werden kann, dass in Notfällen aller Art insbesondere im Falle von Hochwasser auch Rettungsfahrzeuge diese Trasse befahren können.*

Abstimmung: 6-0-3

2d.

*Vor dem Hintergrund der besonderen Lage im Umfeld einer öffentlichen Parkanlage ist das Vorhaben so auszuführen, dass Grün- und Freiflächen mindestens 65% des Plangebietes umfassen (GRZ 0,35). Weiterhin sind zusätzlich die Dachflächen als begrünte Flächen auszubilden und so zu bepflanzen, dass eine geschlossene Vegetationsfläche gewährleistet ist, die auf Dauer erhalten werden muss.*

Abstimmung: 6-0-3

2e.

*Die Umwidmung des "Schwarzen Weges" in eine Fahrradstraße ist zu prüfen.*

Abstimmung: 6-0-3

Abstimmung zur DS0460/19: 6-2-1 empfohlen mit Änderungsantrag

- 6.3. Kosten- und Finanzierungsübersicht zur  
Entwicklungsmaßnahme Rothensee mit Stand vom 31.12.2019  
Vorlage: DS0101/20
- 

**Herr Dr. Scheidemann** bringt die Beschlussvorlage ein und erläutert die Defizite und die Prognose.

Abstimmung zur DS0101/20: 8-0-1

## 7. Anträge

---

- 7.1. Kinderspielflächen auf den Friedensplatz  
Vorlage: A0251/19
- 

Da mit der Stellungnahme zum Ursprungsantrag klargeworden sei, dass momentan kein Spielplatzbedarf in diesem Bereich bestehe, bittet **Stadträtin Linke** um Zustimmung für den Änderungsantrag.

**Stadtrat Dr. Grube** fragt, warum nicht erst der Rahmenplan „Innenstadt“ abgewartet werde.

**Stadtrat Schuster** verweist auf die Zurückstellung des Antrages im BA SFM durch **Stadtrat Canehl**. Der Änderungsantrag habe eine ganz andere Intention und er würde gern eine Stellungnahme der Verwaltung hierzu abwarten. Er bittet den Antragsteller, der Verwaltung eine Stellungnahme zu ermöglichen und schlägt vor, einen neuen Antrag zu stellen. Die Einbeziehung der Wohnungsunternehmen sollte ebenfalls erfolgen.

**Stadtrat Canehl** beantragt Rederecht.

Abstimmung Rederecht: 4-2-3

Der Änderungsantrag sei als Material für den Rahmenplan, als eine Idee zu betrachten, so **Stadtrat Canehl**. Es bestehe die Möglichkeit einen Antrag durch einen Änderungsantrag laut Geschäftsordnung zu ersetzen, stellt er fest.

Bei Beschluss des Änderungsantrages wäre der SFM nicht mehr zuständig, argumentiert **Stadtrat Canehl**.

**Herr Dr. Scheidemann** sieht es unproblematisch, den Änderungsantrag im Rahmenplan mit einfließen zu lassen.

**Stadtrat Stage** sieht den Änderungsantrag sehr vage formuliert.

Für **Stadtrat Schuster** hat der Änderungsantrag einen ganz anderen Tenor. Der Schwerpunkt Senioren-Nutzung sei eine andere Thematik.

**Stadtrat Stern** stimmt den Ausführungen von **Stadtrat Schuster** zu und gibt zu bedenken ob diese Anlage auch wirklich angenommen werde. Er verweist auf den „Seniorenspielplatz“ an der Großen Diesdorfer Straße, der nach seiner Feststellung nicht so wirklich angenommen werde.

**Stadtrat Hempel** kann die Schärfe in der Diskussion nicht nachvollziehen. Mit einer neuen Stellungnahme werde es auch keine weiteren Erkenntnisse geben.

Abstimmung zum geänderten Antrag A0251/19: 4-4-1 nicht empfohlen

7.1.1. Kinderspielflächen auf den Friedensplatz  
Vorlage: A0251/19/1

---

Abstimmung zum Änderungsantrag A0251/19/1: 5-0-4

7.1.2. Kinderspielflächen auf den Friedensplatz  
Vorlage: S0009/20

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

7.2. MAGDEBURG-Schriftzug  
Vorlage: A0026/20

---

**Herr Nitsche** (BG III) bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein und verweist auf den Änderungsantrag aus dem Wirtschaftsausschuss dazu.

**Stadtrat Dr. Grube** könne dem Antrag sowie dem Änderungsantrag im Prinzip zustimmen. Die Aussage in der Stellungnahme zu Gremienbeteiligung sei aus seiner Sicht jedoch etwas hinderlich.

Den Ausführungen von **Stadtrat Dr. Grube** zustimmend, fragt **Stadtrat Hempel**, ob es sinnvoll sei auch den Kölner Platz als Eingangstor zur Stadt mit in die Prüfung aufzunehmen.

**Stadtrat Stage** spricht sich für einen Änderungsantrag aus.

Änderungsantrag:

*Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat im Punkt 3 das Datum zu streichen und zu ändern:*

3. Die Installation soll bis zum ~~30. September 2020~~ erfolgt sein.

Somit lautet der Punkt 3 wie folgt:

3. Die Installation soll bis zum 30. April 2021 erfolgt sein.

Abstimmung: 8-0-1

Abstimmung zum Antrag A0026/19: 9-0-0 empfohlen mit Änderungsantrag

7.2.1. MAGDEBURG-Schriftzug  
Vorlage: A0026/20/1

---

Abstimmung zum Änderungsantrag A0026/29/1: 7-0-2

7.2.2. MAGDEBURG-Schriftzug  
Vorlage: S0144/20

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

7.3. Baumaßnahmen im Magdeburger Norden koordinieren -  
Umleitungsverkehre ordentlich organisieren  
Vorlage: A0240/19

---

**Stadtrat Dr. Grube** erläutert den Antrag und spricht sich gegen den Änderungsantrag aus.

**Stadtrat Stern** geht auf den Änderungsantrag ein und verweist auf die Überlastung der Lübecker Straße, die schon jetzt bestehe.

Des Weiteren möchte er wissen, ob der Mobilitätskoordinator seine Tätigkeit schon aufgenommen habe.

**Herr Dr. Scheidemann** verweist auf Abstimmungsbedarf mit dem FB 01. Der Mobilitätskoordinator arbeite noch nicht.

Abstimmung zum Antrag A0240/19: 5-0-4

7.3.1. Baumaßnahmen im Magdeburger Norden koordinieren –  
Umleitungsverkehre ordentlich organisieren  
Vorlage: A0240/19/1

---

Abstimmung zum Änderungsantrag A0240/19/1: 4-5-0 nicht empfohlen

7.3.2. Baumaßnahmen im Magdeburger Norden koordinieren -  
Umleitungsverkehre ordentlich organisieren  
Vorlage: S0152/20

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

7.4. Nachhaltiger Mobilitätsanschluss zur Stadthalle  
Vorlage: A0036/20

---

**Stadträtin Linke** bringt den Antrag ein und kritisiert die Ausführungen in der Stellungnahme. Der Antrag sei ein Prüfauftrag und dieses wurde durch die Stellungnahme ignoriert.

Der Antrag sei beantwortet, stellt der **Vorsitzende Stadtrat Stage** fest. Durch Zustimmung im Stadtrat werde er erst zum Prüfauftrag, da dieser zunächst mit GO-Antrag in die Fachausschüsse überwiesen wurde.

**Stadtrat Dr. Grube** spricht sich dafür aus, im Antrag die Minimierung der PKW-Parkplätze und den Bau eines Straßenbahnanschlusses zu streichen. Er hält stattdessen eine reguläre Linienanbindung für sinnvoll und verweist auf die alte Linienverbindung „Stadt Prag/Mc Donald – Stadtpark“.

**Stadtrat Stern** geht auf die für 15 Mio. € geplante Umfeldgestaltung der Stadthalle ein. Für eine Straßenbahnbindung sehe er momentan keinen Bedarf. In 4 - 5 Jahren nach Abschluss der Umfeldgestaltung sehe dieses womöglich anders aus. Für die Freizeitaktivitäten im Stadtpark sei der Parkplatz am Schleinufer/Elbbahnhof errichtet worden. Somit sei der Stadtpark/Stadthalle über die Sternbrücke zu Fuß oder mit dem Rad erreichbar.

**Stadtrat Stage** kann **Stadtrat Stern** in einigen Punkten zustimmen. Die zukünftige Bebauung, die momentan diskutiert werde, spricht aus seiner Sicht für eine Prüfung hinsichtlich Straßenbahnanschluss.

**Stadtrat Schuster** verweist auf die Beschlusslage zum Rotehornpark (Festlegungen/Rahmenplan).

**Stadtrat Moll** empfiehlt, auch über originelle Anbindungen nachzudenken (Wassertaxi, Elektro-/Minibus, Historisches, Außergewöhnliches...).

**Stadtrat Hempel** möchte nicht auf die Prüfung einer möglichen Straßenbahnbindung verzichten. Ruf-Busse lehnt er mangels Attraktivität ab. Wildes Parken werde nie ganz verhindert werden können. Die Ursache müsse bekämpft werden durch umorganisieren und ausbauen des Personennahverkehr.

Mit Beendigung der Stadthallensanierung benötigen wir eine ordentliche ÖPNV-Anbindung, so **Stadtrat Dr. Grube**. Dazu müsse ein Verkehrskonzept erarbeitet werden. Mit Anbindung einer Straßenbahnlinie werde aber auch die Sternbrücke für geraume Zeit nicht nutzbar sein, gibt **Stadtrat Dr. Grube** abschließend zu bedenken.

An **Stadtrat Hempel** gerichtet verweist **Stadtrat Schuster** auf den Rahmenplan, hiermit könne wildes Parken aktiv unterbrochen werden. Ergänzend informiert **Stadtrat Schuster** über Straßenbahnverbindungen, die ohne Schienen erprobt werden. Dieses Elektro-Straßenbahnen auf Kabel fahrend gebe es bereits z.B. in China.

Änderungsantrag:

*Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat folgende Streichung im Antrag:*

*Der Stadtrat möge beschließen:*

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie ein nachhaltiger Mobilitätsanschluss für die neue Stadthalle aussehen kann. Ein nachhaltiger Mobilitätsanschluss sollte eine deutliche Reduzierung des Individualverkehrs ~~und Minimierung der PKW-Parkplätze~~ zum Ziel haben.

Abstimmung: 6-2-1

Die Prüfung soll folgende Möglichkeiten beinhalten:

- ~~Bau eines Straßenbahnanschlusses an der Stadthalle~~
- Shuttle-Service mit Elektrobussen (sowohl vom Hbf als auch Ernst-Reuter-Allee)
- Ausbau der Radverkehrsanbindung
- Kurzzeitparken zum Abliefern von Kund\*innen (Taxen)
- Autonome Busse als Forschungsprojekt

Abstimmung: 6-3-0

Abstimmung zum Antrag A0036/20: 5-0-4 empfohlen mit Änderungsantrag

7.4.1. Nachhaltiger Mobilitätsanschluss zur Stadthalle  
Vorlage: S0141/20

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8. Informationen

---

8.1. Weniger Rasen, mehr Sicherheit - Verkehrsentschleunigung am  
Hassel durch Bremsschwellen  
Vorlage: I0088/20

---

**Stadtrat Stern** möchte wissen, was die Bremsschwellen für Auswirkungen auf den öffentlichen Nahverkehr bzw. den Rettungsdienst haben. Welcher Effekt soll mit den Bremsschwellen erreicht werden. Er habe noch kein Geräse vor dem Hasselbachplatz wahrgenommen.

**Herr Gehardt** (AL 66) informiert über die geplante Ausführung. Die Aufpflasterung könne auch von Rettungsfahrzeugen problemlos befahren werden.

Inwieweit die vom Stadtrat beschlossene Tempo 20 Geschwindigkeitsreduzierung gegenüber der Straßenverkehrsbehörde genehmigungsfähig ist, ist sehr fraglich.

Die Busse fahren auf dem Gleiskörper der Straßenbahn, ergänzt **Stadtrat Dr. Grube** und plädiert für den Antrag. Bei wenig Verkehr werden dort hohe Geschwindigkeiten gefahren.

**Stadtrat Schuster**, der kein bekennder Freund von Bremsschwellen ist, bittet im Sinne der Anwohner auf gepflasterte Erhöhungen zu verzichten (Lärmvermeidung). Einen Effekt könne er sich nicht vorstellen.

Des Weiteren schlägt er vor, noch einmal über die Standortwahl nachzudenken und spricht sich dafür aus, eine Verschiebung in Richtung Haltestellenbereich/Fußgängerüberweg zu prüfen.

**Stadtrat Hempel** findet den Ansatz zu hochwertigeren Ausführungen gut.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

8.2. Geschwindigkeitsanzeigen in Beyendorf-Sohlen  
Vorlage: I0104/20

---

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

8.3. Rückkehr der Ampelfrau  
Vorlage: I0113/20

---

**Stadtrat Stage** hinterfragt die Argumentierung auf Landesebene. Für ihn heißt Rot – erkennbar stehend und Grün – erkennbar gehend.

Er verweist anhand einiger Bilder aus anderen Städten (Mainz = Mainzelmännchen, Emden = Otto Walkes,...), dass es anscheinend doch Möglichkeiten/ Spielraum hinsichtlich einer Genehmigung gebe.

**Stadtrat Stage** fragt, wo genau in der StVO auf dieses Zeichen verwiesen werde.

**Herr Gebhardt** führt zur Antwort des Landesverwaltungsamtes aus.

**Herr Dr. Scheidemann** geht auf seine Anfrage bei der Oberen Verkehrsbehörde ein und den Ausführungsbestimmungen des Landes. Damit sei er weisungsgebunden.

**Stadtrat Dr. Grube** werde dieses als Arbeitsauftrag in den Landtag mitnehmen und eine entsprechende Anfrage dazu vorbereiten.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

8.4. Tempo 30-Piktogramme auf der Goethestraße  
Vorlage: I0102/20

---

**Stadtrat Dr. Grube und Stadtrat Mertens** verlassen um 20:30 Uhr die Sitzung.

Für **Stadtrat Stage** sei die Situation „Fahrradstraße“ aus Sicht eines Autofahrers nicht gleich wahrnehmbar/erkennbar, musste er feststellen.

**Stadtrat Hempel** habe das Gefühl, dass die Anwohner die „Fahrradstraße“ sofort wahrgenommen haben. Dennoch verspürt er eine gewisse „Risikosicherheit/Unsicherheit“ bei der Benutzung als Radfahrer. Die Goethestraße sollte komplett als Hauptstraße für die Radfahrer ausgeschildert werden.

Der Verkehrsraum werde von Autofahrern anders wahrgenommen, die Schilder von den Autofahrern oftmals übersehen.



Dieses habe viel mit Gewohnheit zu tun und muss begleitet und womöglich nachgebessert werden.

**Stadträtin Linke** stimmt den Ausführungen der Vorredner zu.

Des Weiteren verweist sie auf bindende Beschlüsse, die ihrer Meinung nach missachtet werden und dieses nicht zum ersten Mal. Diese Verfahrensweise findet sie gar nicht mehr lustig und kritisiert dieses aufs schärfste.

**Herr Dr. Scheidemann** stellt klar, dass kein Beschluss zur Goethestraße gefasst wurde. Er erläutert den Sachverhalt klarstellend.

Des Weiteren geht er auf die Situation in der Ernst-Lehmann-Straße ein und die dazugehörige Beschlusslage.

**Stadtrat Stern** kann den Vorrednern nicht zustimmen. Er fährt diese Strecke als Radfahrer mehrmals täglich und hat noch nie schlechte Erfahrungen mit Autofahrern gemacht. Ein größeres Problem sieht er jedoch bei vielen Fahrradfahrern, die teilweise die Goethestraße in verkehrter Fahrtrichtung benutzen.

Ein allgemeines Verständnis müsse sich erst entwickeln, die Evaluierung sei erst einmal abzuwarten.

**Stadtrat Moll** schlägt vor, die Fahrradwegesituation von Stadtfeld bei einem gemeinsamen Vor-Ort-Termin zu begutachten.

**Herr Gebhardt** geht auf die momentane Testphase ein. Für ihn funktioniert es subjektiv betrachtet. Der Vorschlag, die Goethestraße als Hauptstraße auszuweisen sei bereits gemeinsam mit der Polizei sowie der Straßenverkehrsbehörde untersucht und abgewogen worden. Die Goethestraße als Hauptstraße würde zu einer Beschleunigung auf dieser Straße führen. Durch die momentane „rechts vor links“-Regelung werde dieses automatisch verhindert. Die scharfe Kritik von **Stadträtin Linke** kann er inhaltlich nicht nachvollziehen. Die Verwaltung habe hier versucht im Sinne der Politik den Beschluss des Stadtrates umzusetzen. Weitere Piktogramme werden, wie in der Information erläutert, nicht genehmigungsfähig sein. Deshalb können sie nicht umgesetzt werden.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

8.5. Stand des Planungsverfahrens SuedOstLink  
Vorlage: I0118/20

---

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

9. Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee

---

10. Mitteilungen und Anfragen

---

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Mirko Stage  
Vorsitzende/r

Corina Nürnberg  
Schriftführer/in